



Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 2023/1

Heinrich August Winkler: *Nationalstaat wider Willen. Interventionen zur deutschen und europäischen Politik.*

München: C.H.Beck, 2022, 288 S., ISBN 978-3-406791109

Heinrich August Winkler, 1938 in Königsberg geboren, steht in der großen nationalliberalen Tradition politischer Historiker, die er sozialdemokratisch profilierte. Zweifellos gehört er seit Jahrzehnten zu den wichtigsten Historikern der Bundesrepublik. Winkler hat mit seinen neueren Büchern und Interventionen seit 1990 so etwas wie die vergangenheitspolitische Summe und Staatsräson der Berliner Republik formuliert. Seit 1962 ist er SPD-Mitglied und kämpft gegen die linke Auslegung für einen dezidiert nationalen und liberalen Kurs der SPD. Dabei ist er ein Meister der großen wie der kleinen publizistischen Formate, hat mehrbändige Monographien verfasst, aber auch zahlreiche Essays und Artikel, die er in mehreren Bänden sammelte. Der 2015 erschienene Band *Zerreiβproben* schließt mit Winklers Rede zum 70. Jahrestag des 8. Mai im Deutschen Bundestag, einer positiven Bilanz verfassungspolitischer Einsichten und Antworten der Bundesrepublik auf Weltkrieg und Holocaust. Mehr institutionelle und öffentliche Anerkennung, als Winkler sie erhielt, ist für einen Historiker kaum möglich.



Wer die geschichtspolitischen Linien und Debatten der Berliner Republik studieren möchte, kommt an seinen Büchern also nicht vorbei und ist gut beraten, im ersten Zugriff sich gerade an die neue Sammlung „Nationalstaat wider Willen“ zu halten. Dem Zeitzeugen ist sie ein Flashback der Erinnerung. Sie trägt Züge autobiographischer „Selbstkritik“, die Winkler, wie Habermas, als eine besondere Tugend des „normativen Projekts“ der Verwestlichung erhellte und pries. Winkler druckt einige ältere Interventionen aus den Jahren vor 1989 mit einleitenden Kommentierungen ab, um zu dokumentieren, dass er innerhalb des sozialdemokratischen Diskurses der alten Bundesrepublik zwar die scharfe Nationalismuskritik teilte und bis 1990 auch an den Chancen einer Wiedervereinigung zweifelte, dass er aber, anders als Linksausleger, an der Idee und auch am Begriff der Nation festhielt und die Solidarität der Bundesrepublik gegenüber der DDR nicht aufkündigte. Ende 1990 bereits wechselte er deshalb aus dem äußersten Südwesten, von Freiburg, an die Humboldt-Universität und kämpfte dort gegen das SED- und PDS-Erbe für eine „Erneuerung der Humboldt-Universität“, die Winkler auch als eine Art Rollenübernahme der Berliner Tradition politischer Historiker gestaltete. Winkler wurde als Anwalt der Berliner Republik geschichtspolitisch unübersehbar wirksam. Er schrieb seine große Nationalgeschichte „Der lange Weg nach Westen“ (2000), pries die Wiedervereinigung als glückliche Versöhnung des alten Streits von „Einheit“ und „Freiheit“, also der Grundspannung des Nationalliberalismus, begann ab Mitte der 1990er Jahre aber auch verstärkt damit, die Wiedervereinigung in den Kontext der Europäisierung und des „normativen Projekts“ der Verwestlichung zu stellen.

Er kritisierte den linken „Postnationalismus“ als neuen moralistischen Utopismus, als neuen deutschen Sonderweg und Versuch, „eine europäische gegen die nationale Identität auszuspielen“ (S. 211): „Zu Beginn des Jahrhunderts hatte der [Berliner] Historiker Friedrich Meinecke den deutschen Weg vom Weltbürgertum zum Nationalstaat als historischen Fortschritt gewürdigt. Als sich das Jahrhundert dem Ende zuneigte, glaubten viele Intellektuelle der alten Bundesrepublik, der Weg nach vorn führe in die Umkehrrichtung: vom Nationalstaat zum Weltbürgertum“ (S. 56 f.). Winkler kritisiert diese Tendenzen bei den Grünen und der linken SPD und weist auf die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der alten Ostpolitik von Brandt und Bahr hin. Die Vereinigten Staaten von Europa kann und sollte es nach Winkler nicht geben. Ein überspannter Europäisierungswahn ignoriert das (teils junge) nationalstaatliche Selbstbewusstsein der heutigen Mitgliedländer. Der „Staatenverbund“ der EU sollte atlantisch im engen Schulterschluss mit USA und NATO orientiert bleiben und keine „Legende von der europäischen Souveränität“ pflegen.

In seinen jüngsten Interventionen profiliert Winkler seine nationalliberale Auslegung des „normativen“ und „europäischen Projekts“ mit der „Zäsur“ Putins. „Putin ist kein Status-quo-Politiker, sondern ein Revisionist“ (S. 219), stellt er unzweideutig klar, betont „Parallelen“ Putins mit Hitler 1938/39 (S. 234 ff.) und adressiert seine Botschaft auch an die linke SPD. Die „politische Kultur des Westens“ ist säkular und stößt mit ihrem „normativen“ Kern an kulturelle und konfessionelle Grenzen, meint Winkler in seinem Schlussbeitrag in alter Frische. Seine Sammlung ist hervorragend geeignet, einen ersten Eindruck und Überblick von der geschichtspolitischen Selbstausslegung der „Berliner Republik“ zu geben.

Heidelberg

Reinhard Mehring



**ARCHIV DES
LIBERALISMUS**

Friedrich Naumann Stiftung
Für die Freiheit.

in Kooperation mit

